

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 pabr. d



Inhalt

Karl-Heinz Hiersemann MdL
legt die Perspektiven der
Wirtschaftsbeziehungen
Bayern-DDR dar: Ostberlin-
Besuch trägt Früchte.

Seite 1

Antje Huber MdB kommentiert
die Ergebnisse der türkischen
Nachwahlen: Überraschungen
am Bosphorus.

Seite 3

Günther Jansen MdB und
Björn Engholm MdL verurteilen
die Betriebsgenehmigung für
Brokdorf: Tschernobyl in den
Wind geschlagen.

Seite 4

Dr. Uwe Holtz MdB fordert,
den Afghanen die Souveränität
zurückzugeben: Sowjetischer
Truppenabzug reicht nicht.

Seite 6

41. Jahrgang / 187

1. Oktober 1986

DDR-Besuch trägt Früchte

Ostberliner Außenhandelsminister Beil präzisiert Vorschläge für
Ausbau des Warenaustauschs mit Bayern

Von Karl-Heinz Hiersemann MdL
Spitzenkandidat der bayerischen SPD

Als ich nach meiner DDR-Reise im vergangenen Mai Ministerpräsident Strauß ein Informationsgespräch über Verlauf und Ergebnisse des Besuchs anbot, antwortete dieser, er sehe „keinen Sinn in einem Gespräch, das nichts erbringt und erbringen kann als propagandistischen Rummel um nichts“. Was Strauß nicht interessiert, weil er es nicht selbst eingefädelt hat, nimmt konkrete Formen an.

Bereits in Ost-Berlin hatte ich vom DDR-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker die Zusage für eine Städtepartnerschaft zwischen Erlangen und Jena erhalten, die inzwischen bekanntlich auf gutem Weg ist. Ein weiteres Vor-Ort-Ergebnis der Reise war die Vereinbarung eines Informationsabkommens zwischen dem Bund Naturschutz in Bayern und seinem Pendant in der DDR, dem Kulturbund. Breiten Raum nahm bei Gesprächen mit Honecker und dem DDR-Außenhandelsminister Dr. Gerhard Beil der Ausbau der Handelsbeziehungen zwischen der DDR und Bayern ein. Man kam überein, nach entsprechenden Vorarbeiten Wirtschaftsdelegationen auszutauschen. Diese Vorarbeiten mündeten jetzt in konkrete Vorschläge der DDR für einen Ausbau des Warenaustauschs auf einem hohen technologischen Niveau.

In einem Brief an den wirtschaftspolitischen Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Dr. Rolf Seebauer, den ich gebeten habe, die Vorarbeiten auf bayerischer Seite zu besorgen, übermittelte Minister Beil eine Liste mit Vorschlägen für Warengruppen, deren Lieferung nach Bayern erhöht werden soll.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Erhältlich überall
mit allen anderen Zeitungen
für 10 ct zuzügl.



Beil führt auf:

- Werkzeugmaschinen und Werkzeuge
- polygraphische Maschinen
- Textilmaschinen
- Krane, Förder- und Hafentechnik
- Baugruppen und Zubehör für Schienenfahrzeuge
- Luft- und Kältetechnik
- Getriebe, Pumpen und Verdichter
- Komponenten des Kraftwerksanlagenbaues sowie von Rauchgasentschwefelungsanlagen
- Landmaschinen und Bodenbearbeitungsgeräte
- Komponenten für elektrotechnische Anlagen
- Elektromotoren
- Schreib- und Drucktechnik und
- elektrische Haushaltsgeräte.

In einer weiteren Liste gibt Beil eine Übersicht über die Wirtschaftsbereiche beziehungsweise Warengebiete der DDR, die auf Grund des neuen Fünf-Jahresplans ausgebaut, modernisiert beziehungsweise rationalisiert werden. Diese Liste, aus der sich die bayerischen Möglichkeiten für Exporte in die DDR ergeben, enthält:

- Automatisierungstechnik (Komplexe, die Mikroelektronik, Robotertechnik, Computertechnik und Informatik vereinen)
- CDA/CAM-Arbeitsstationen beziehungsweise Komponenten
- Steuerungs- und Antriebstechnik, Meß- und Regeltechnik
- progressive Technologien im Maschinenbau (zum Beispiel Kaltfließpressen, Genauigkeits- und Feingießen, Sintertechnologie, Hochvakuumtechnik)
- Anlagen für die Gewinnung, Verarbeitung und Veredelung von Energieträgern, Rohstoffen, Halbfabrikaten und Abprodukten, insbesondere für die Kohleveredelung
- automatisierte Anlagen zur Herstellung von Textilien und Druckerzeugnissen
- Maschinensysteme für die Nahrungs- und Genußmittelindustrie
- Mittel und Systeme zur Rationalisierung von Transport-, Umschlag- und Lagerprozessen und
- Biotechnologien.

Dr. Rolf Seebauer hat inzwischen Wirtschaftsminister Anton Jaumann über den Stand der Verhandlungen mit der DDR informiert. In einem Brief an Jaumann schreibt er: „Der Ausbau der Handelsbeziehungen mit der DDR wäre sowohl im Sinne der Erhöhung des technologischen Niveaus des Warenaustausches als auch hinsichtlich einer stärkeren Beteiligung der mittelständischen bayerischen Wirtschaft wünschenswert.“ Rolf Seebauer bittet Jaumann „sehr herzlich um Ihre Unterstützung für das Gelingen dieser sicherlich auch im Interesse der bayerischen Wirtschaft liegenden Initiative. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn ich ebenso die politische Unterstützung und die fachliche Expertise Ihres Hauses erhalten könnte, um in einem konkreten nächsten Schritt die Liefer- und Bezugsinteressen der bayerischen mittelständischen Wirtschaft präzisieren zu können und die hierfür in Frage kommenden bayerischen Unternehmen zu benennen.“

Rolf Seebauer und ich werden uns in den kommenden Wochen an die bayerische Industrie und Wirtschaft, an Mittelstand und Handwerk zur Erarbeitung von „Angebots- und Nachfragelisten“ gegenüber der DDR wenden. Noch in diesem Jahr soll es dann zum geplanten Austausch der Wirtschaftsdelegationen kommen.

(-/1.10.1986/rs/ks)



Überraschungen am Bosphorus

Die türkischen Nachwahlen brachten einen Erfolg für Demirel

Von Antje Huber MdB

Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages

Gemessen an allen Meinungsumfragen haben die türkischen Nachwahlen vom 28. September 1986 ein unerwartetes Ergebnis gehabt. Die Mutterlandspartei des Ministerpräsidenten Özal gewann zwar sechs von den elf Sitzen, die nachzubesetzen waren, der eigentliche Überraschungssieger ist jedoch Demirel, dessen „Partei des richtigen Weges“ sich nunmehr an die zweite Stelle setzen konnte.

Im Verhältnis zu den Ergebnissen der Meinungsumfragen schnitt die Mutterlandspartei von Özal um rund vier Prozent schlechter ab, die Sozialdemokratische Volkspartei unter Gürkan/Inönü sechs Prozent schlechter.

Die Ergebnisse zeigen, daß die Spaltungen, die sich im Parteienspektrum in den letzten Jahren vollzogen haben, sich sowohl rechts wie links stärker ausgewirkt haben als erwartet, zu Lasten der Mutterlandspartei einerseits und der SDVP andererseits. Die demokratische Linkspartei von Frau Ecevit konnte den zehnpromzentigen Sperr-Riegel nicht überwinden, erzielte aber mit neun Prozent einen gewissen Achtungserfolg. Prognosen für den Ausgang der Wahlen 1988 sind jedoch auch nach dieser Nachwahl schwierig, obwohl ihr Ergebnis, wenn man an mögliche Koalitionen denkt, sicher die politische Rechte begünstigt.

Jedenfalls hat sich gezeigt, daß die früheren Vorstellungen von einem vollkommenen politischen Neuanfang mit lauter neuen Kräften illusorisch waren. Mit Befriedigung wird im Westen zur Kenntnis genommen, daß bei diesen Wahlen frühere Beschränkungen für die Parteien weggefallen sind. Es ist davon auszugehen, daß auch 1988 freie Wahlen stattfinden. (-/1.10.1986/rs/ks)



Tschernobyl in den Wind geschlagen

Zum Kieler Beschluß, Brokdorf ans Netz gehen zu lassen

Von Günther Jansen MdB
Vorsitzender der SPD in Schleswig-Holstein und
Björn Engholm MdL
Oppositionsführer im Landtag von Schleswig-Holstein

Die schleswig-holsteinische Landesregierung ignoriert mit der Erteilung der Betriebsgenehmigung für das Atomkraftwerk Brokdorf ein Jahr vor der Landtagswahl den grundsätzlichen Wandel in der Einstellung der Bevölkerung zur Nutzung der Atomenergie. Spätestens seit Tschernobyl ist klar: Die Gefahren sind so groß, daß sie nicht verantwortbar sind.

Die Inbetriebnahme des AKW Brokdorf ist energiepolitisch eine bewußt falsche Weichenstellung. Mit dieser Entscheidung setzt sich die Landesregierung allen Beteuerungen zum Trotz massiv über die Sorgen und Ängste der Bevölkerung, aber auch über die Zukunftsinteressen Schleswig-Holsteins hinweg. Sie führt Schleswig-Holstein in die totale und bundesweit höchste Abhängigkeit vom Atomstrom, bindet ungeheure finanzielle Mittel, erschwert das Umschalten auf eine andere Energiepolitik für jede zukünftige Landesregierung in unzumutbarer Art und Weise und blockiert die Entwicklung sinnvoller Alternativen.

Damit hat sich auch die Verschiebung der Genehmigung für Brokdorf durch die Landesregierung vor einem Vierteljahr als das bestätigt, was wir gleich gesagt haben: eine Farce.

Die SPD Schleswig-Holstein hat seit dem Baubeginn von Brokdorf vor zehn Jahren den gefährlichen Weg in die Abhängigkeit von Atomstrom politisch bekämpft. Die SPD Schleswig-Holstein hat in diesen zehn Jahren mit Erfolg dafür gesorgt, daß der energiepolitische Kurs der Gesamt-SPD mit der Forderung des Nürnberger Bundesparteitages nach einem auf zehn Jahre angelegten Ausstiegsplan endlich die Zukunft auf eine sichere Energieversorgung ohne den Atomstrom eröffnet.

Die SPD Schleswig-Holstein fordert erneut, in der Bundesrepublik kein neues Kernkraftwerk in Betrieb gehen zu lassen. Daß eine sichere Energieversorgung ohne Atomstrom in der Bundesrepublik realistisch ist, haben zuletzt zwei vom Bundeswirtschaftsministerium in Auftrag gegebene Gutachten nachgewiesen.



Die SPD Schleswig-Holstein hat beim Öko-Institut in Freiburg ein eigenes Gutachten derzeit in Arbeit, auf dessen Grundlage der Außerordentliche Parteitag am 6. Dezember in Kiel die Weichen für eine sozialdemokratische Energiepolitik in Schleswig-Holstein ohne Atomstrom stellen wird.

Wir Sozialdemokraten stehen in der Verantwortung unserer Aussagen, alle politischen und juristischen Schritte zur Verhinderung der Inbetriebnahme des AKW Brokdorf auszuschöpfen. In Konsequenz dessen haben wir uns gemeinsam mit einer Einwenderin aus der Wilster Marsch, Frau Lisa Martens, entschlossen, den Klageweg gegen die Betriebsgenehmigung für das AKW Brokdorf zu beschreiten.

Wir stellen noch einmal fest: In Tschernobyl ist der Super-GAU eingetreten. Er ist nicht länger in den Bereich des „Restrisikos“ wegzudefinieren. Auch dieses ist ein Grund für neue gerichtliche Entscheidungen.

Wir Sozialdemokraten stellen die Gesundheit aller Menschen und zukünftiger Generationen in den Mittelpunkt unserer Politik. Wir entscheiden uns für eine Industriegesellschaft, die auf die Umwelt und die Menschen Rücksicht nimmt. Eine neue Energiepolitik ohne Atomstrom beinhaltet große Chancen auch für neue Arbeitsplätze.

Die Entscheidung der Landesregierung wird mit Sicherheit auf großen Protest in der Bevölkerung stoßen. Wir appellieren an alle, die mit uns empört und besorgt sind, in konsequenter Friedlichkeit ihren Protest zu artikulieren. Wir stehen an der Seite derer, die eine friedliche Zukunft ohne Kernenergie wollen und für dieses Ziel in friedlicher Weise demonstrieren.

Entsprechend dem Antrag der SPD-Landtagsfraktion wird am 3. Oktober eine Sondersitzung des Schleswig-Holsteinischen Landtages stattfinden. Für diese Sondersitzung stellt die SPD-Landtagsfraktion einen Antrag, mit dem die Landesregierung aufgefordert werden soll, bei der beabsichtigten Erteilung der Betriebsgenehmigung für das Kernkraftwerk Brokdorf von der Anordnung der sofortigen Vollziehung abzusehen.

(-/1.10.1986/rs/ks)

* * *



Den Afghanen die Souveränität zurückgeben

Mit einem bloßen sowjetischen Truppen-Abzug ist es nicht getan

Von Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Vor 1980, vor dem Einmarsch der sowjetischen Truppen, war es nach Aussage des Sonderbericht-erstatteters der Vereinten Nationen zur Lage der Menschenrechte in Afghanistan, Professor Ermacora, ein typisches Merkmal des afghanischen Strebens nach Entwicklung, „daß das afghanische Volk nach einem eigenen Weg suchte und diesen verfolgte, wie es ihm paßte, egal welche Schwierigkeiten und Probleme auftauchten“. Daß das unterdrückte und von den grausamen Kriegshandlungen geschundene Volk diese Möglichkeit der selbstbestimmten Entwicklung wieder erhält, muß vor allen anderen Erwägungen oberstes Kriterium der Beurteilung sämtlicher politischen Bemühungen um eine Lösung des Konflikts sein.

Das größte Hindernis, das das afghanische Volk von einer Rückkehr zur Selbstbestimmung trennt, ist zweifelsohne die Anwesenheit der sowjetischen Truppen im Lande. Die Ankündigung des Generalsekretärs der KPdSU, einseitig sechs Regimenter der insgesamt circa 120.000 starken Besatzungsarmee abzuziehen, sollte deshalb von den Vereinigten Staaten nicht bloß mit zusätzlichen, weitergehenden Forderungen beantwortet werden. Die Verantwortlichen in Washington sollten sich daran erinnern, daß Afghanistan bereits seit dem Staatsstreich Prinz Dauds 1973 einen sozialistischen Weg eingeschlagen hatte und daß die USA nach der Saur-Revolution 1978, als die kommunistische Regierung Taraki die Macht ergriffen hatte, mit gutem Grund nicht eingriffen: diese Entwicklung war, bei all ihren Widersprüchlichkeiten und Fraktionskämpfen, Ausdruck der afghanischen Bemühungen um einen eigenen Weg.

Die Sowjetunion ihrerseits sollte sich darüber im klaren sein, daß es mit dem bloßen Truppenabzug nicht getan ist, wenn die „offene Wunde“ Afghanistan sich endlich schließen soll. Es müssen vielmehr eindeutige Garantien dafür gegeben werden, daß das strategisch zweifelsohne wichtige Land nicht indirekt den Status einer weiteren, wenn auch formal unabhängigen Sowjet-Republik erhält, etwa nach dem Vorbild der Mongolei.

Völlig unbeeinflusst von den politischen und strategischen Interessen der beiden Supermächte wird der Weg Afghanistans sicher nicht sein können.

(-/1.10.1986/rs/ks)

